

---

## **Änderungsvereinbarung zum Ergebnisabführungsvertrag**

zwischen

der **Deutschen Telekom AG**

Friedrich-Ebert-Allee 140

53113 Bonn

(Amtsgericht Bonn, HRB 6794)

- nachfolgend „Muttergesellschaft“ -

und

der **Deutsche Telekom Accounting GmbH**

Heinemannstr. 11-13

53175 Bonn

(Amtsgericht Bonn, HRB 9114)

- nachfolgend „Tochtergesellschaft“ -

### **Präambel**

Zwischen den Parteien besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, abgeschlossen am 22. September 2005 (nachfolgend der „Vertrag“) zwischen der GSH Global Satelliten-Beteiligungs-Holding GmbH (Amtsgericht Bonn, HRB 9525) und der Deutsche Telekom Accounting GmbH, damals firmierend unter Noah Telekommunikationsdienste GmbH (Amtsgericht Bonn, HRB 9114).

Die GSH Global Satelliten-Beteiligungs-Holding GmbH wurde mit Eintragung im Handelsregister am 05.12.2005 auf die Deutsche Telekom AG verschmolzen.

Die Parteien möchten den Vertrag abändern und vereinbaren daher Folgendes:

---

## 1. Änderung des Vertragskopfes

Der Kopf des Vertrages wird klarstellend geändert und lautet nunmehr wie folgt:

### **„Ergebnisabführungsvertrag**

zwischen

der Deutschen Telekom AG, Friedrich-Ebert-Allee 140, 53113 Bonn  
(Amtsgericht Bonn, HRB 6794),

- nachfolgend „Muttergesellschaft“ -

und

der Deutsche Telekom Accounting GmbH, Heinemannstr. 11-13, 53175 Bonn  
(Amtsgericht Bonn, HRB 9114),

- nachfolgend „Tochtergesellschaft“ -

in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom *11. Februar 2011*

## 2. Änderung von § 1 des Vertrages

§ 1 des Vertrages wird geändert und lautet nunmehr wie folgt:

„§ 1 Gewinnabführung

- (1) Die Tochtergesellschaft ist während der Vertragsdauer verpflichtet, ihren ganzen Gewinn entsprechend allen Vorschriften des § 301 AktG in seiner jeweils geltenden Fassung an die Muttergesellschaft abzuführen.
- (2) Auch im Übrigen finden die Vorschriften des § 301 AktG in seiner jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.

- 
- (3) Die Tochtergesellschaft kann mit Zustimmung der Muttergesellschaft Beträge aus dem Jahresüberschuss insoweit in die Gewinnrücklagen (§ 272 Abs. 3 HGB) einstellen, als dies handelsrechtlich zulässig und bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist.“

### **3. Änderung von § 2 des Vertrages**

§ 2 des Vertrages wird geändert und lautet nunmehr wie folgt:

„§ 2 Verlustübernahme

- (1) Die Muttergesellschaft ist gegenüber der Tochtergesellschaft entsprechend allen Vorschriften des § 302 AktG in seiner jeweils geltenden Fassung zur Verlustübernahme verpflichtet.
- (2) Der Anspruch auf Verlustübernahme entsteht zum Ende des Geschäftsjahres. Er ist mit Wertstellung zu diesem Zeitpunkt fällig.“

### **4. Änderung von § 3 des Vertrages**

In § 3 Abs. 1 des Vertrages wird am Ende folgender Satz ergänzt:

„Die Änderungen aufgrund der Änderungsvereinbarung vom *11. Februar 2011* gelten rückwirkend zu Beginn des Geschäftsjahres, in dem sämtliche Wirksamkeitsvoraussetzungen dieses Vertrages erstmals erfüllt sind.“

§ 3 Abs. 3 des Vertrages wird wie folgt neu gefasst:

„Der Vertrag kann ordentlich unter Wahrung der Schriftform unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Ablauf des jeweiligen Jahres gekündigt werden, erstmals jedoch zum Ablauf des Jahres, nach dessen Ablauf die durch diesen Vertrag begründete körperschaftsteuerliche Organschaft ihre steuerliche Mindestlaufzeit erfüllt hat (nach derzeitiger Rechtslage fünf Jahre, § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 17 Körperschaftsteuergesetz).“

---

§ 3 Abs. 3, 2. und 3. Satz werden zu § 3 Abs. 4 des Vertrages.

#### **5. Änderung der Bezeichnungen der beteiligten Rechtsträger**

Im gesamten Dokument wird jeweils die Bezeichnung „GSH“ durch „Muttergesellschaft“ und die Bezeichnung „Noah“ durch „Tochtergesellschaft“ ersetzt.

#### **6. Fortgeltung im Übrigen, Wirksamwerden der Änderungsvereinbarung**

Im Übrigen bleiben die Regelungen des Vertrages unverändert. Diese Änderungsvereinbarung wird rückwirkend zu Beginn des Geschäftsjahres wirksam, in dem sämtliche Wirksamkeitsvoraussetzungen dieses Änderungsvertrags erstmals erfüllt sind.

#### **7. Reinfassung**

Als **Anlage 1** liegt der Vertrag in der Fassung bei, welche er durch diese Änderungsvereinbarung erlangt. Diese **Anlage 1** dient nur der Übersichtlichkeit und enthält keine für die Parteien verbindliche Regelung.

---

Bonn, den **11. FEB. 2011**

Deutsche Telekom AG

---

Timotheus Höttges, Vorstand

---

Dieter Cazzopelli, Prokurist

Bonn, den **11. FEB. 2011**

Deutsche Telekom Accounting GmbH

---

Guido Jöhen, Geschäftsführer

---

Arne Freund, Geschäftsführer

---

Anlage 1 zur Änderungsvereinbarung vom 11. Februar 2011

**Ergebnisabführungsvertrag**

zwischen

der Deutschen Telekom AG, Friedrich-Ebert-Allee 140, 53113 Bonn  
(Amtsgericht Bonn, HRB 6794),

- nachfolgend „Muttergesellschaft“ -

und

der Deutsche Telekom Accounting GmbH, Heinemannstr. 11-13, 53175 Bonn  
(Amtsgericht Bonn, HRB 9114),

- nachfolgend „Tochtergesellschaft“ -

in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 11. Februar 2011

**§ 1 Gewinnabführung**

- (1) Die Tochtergesellschaft ist während der Vertragsdauer verpflichtet, ihren ganzen Gewinn entsprechend allen Vorschriften des § 301 AktG in seiner jeweils geltenden Fassung an die Muttergesellschaft abzuführen.
- (2) Auch im Übrigen finden die Vorschriften des § 301 AktG in seiner jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.
- (3) Die Tochtergesellschaft kann mit Zustimmung der Muttergesellschaft Beträge aus dem Jahresüberschuss insoweit in die Gewinnrücklagen (§ 272 Abs. 3 HGB) einstellen, als dies handelsrechtlich zulässig und bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist.

---

## § 2 Verlustübernahme

- (1) Die Muttergesellschaft ist gegenüber der Tochtergesellschaft entsprechend allen Vorschriften des § 302 AktG in seiner jeweils geltenden Fassung zur Verlustübernahme verpflichtet.
- (2) Der Anspruch auf Verlustübernahme entsteht zum Ende des Geschäftsjahres. Er ist mit Wertstellung zu diesem Zeitpunkt fällig.

## § 3 Beginn, Dauer, Wirksamwerden

- (1) Der Vertrag wird mit seiner Eintragung in das Handelsregister des Sitzes der Tochtergesellschaft wirksam und beginnt bezüglich der Verpflichtung zur Gewinnabführung zum 1. Januar 2005.

Die Änderungen aufgrund der Änderungsvereinbarung vom *11. Februar 2011* gelten rückwirkend zu Beginn des Geschäftsjahres, in dem sämtliche Wirksamkeitsvoraussetzungen dieses Vertrages erstmals erfüllt sind.

- (2) Der Vertrag bedarf zu seiner Wirksamkeit der Zustimmung der jeweiligen Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaft und der Muttergesellschaft. Diese Zustimmungen wurden mit Datum 22. September 2005 erteilt.
- (3) Der Vertrag kann ordentlich unter Wahrung der Schriftform unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Ablauf des jeweiligen Jahres gekündigt werden, erstmals jedoch zum Ablauf des Jahres, nach dessen Ablauf die durch diesen Vertrag begründete körperschaftsteuerliche Organschaft ihre steuerliche Mindestlaufzeit erfüllt hat (nach derzeitiger Rechtslage fünf Jahre, § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 17 Körperschaftsteuergesetz).

- 
- (4) Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, bei Vorliegen eines wichtigen Grundes den Vertrag schriftlich zu kündigen. Wichtige Gründe sind insbesondere die Veräußerung oder Einbringung der Tochtergesellschaft durch die Muttergesellschaft oder die Verschmelzung, Spaltung oder Liquidation einer der beiden Parteien.

#### **§ 4 Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder nicht durchführbar sein oder werden, so soll dies die Gültigkeit dieses Vertrages im Übrigen nicht berühren. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Vereinbarung soll eine solche treten, die dem wirtschaftlichen Ergebnis der unwirksamen oder undurchführbaren Klausel in zulässiger Weise am nächsten kommt.